

N i e d e r s c h r i f t

SA/004/2010

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Schulausschusses der Stadt Rheine
am 01.12.2010

Die heutige Sitzung des Schulausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungsraum 104 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Theresia Nagelschmidt CDU
Ratsmitglied /
Vorsitzende

Mitglieder:

Frau Verena Griggel	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr Karl-Heinz Grüder	SPD	Sachkundiger Bürger
Frau Monika Lulay	CDU	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied / 2. Stellv. Vorsitzender
Herr Rainer Ortel	Alternative für Rheine	Ratsmitglied
Herr Stephan Krause	Bündnis 90/Die Grünen	Vertreter für Joachim Siegler, Alternative für Rheine
Frau Theresia Overesch	CDU	Ratsmitglied
Frau Gabriele Rosetti	CDU	Sachkundige Bürgerin
Frau Annemarie Rottmann	SPD	Sachkundige Bürgerin
Herr Josef Wilp	CDU	Ratsmitglied
Frau Waltraud Wunder	SPD	Ratsmitglied / 1. Stellv. Vorsitzende
Herr Alfred Holtel	FDP	Vertretung für Frau Sabrina Alves Mota

beratende Mitglieder:

Frau Heike Barnes	Sachkundige Einwohnerin f. Beirat für Menschen mit Behinderung
Herr Pfarrer Stephan Buse	Ausschussmitglied Vertreter der ev. Kirche
Herr Manfred Kraft	Sachkundiger Einwohner f. Familienbeirat
Frau Lydia Maul	Sachkundige Einwohnerin f. Integrationsrat
Herr Diakon Gerd Ständer	Ausschussmitglied Vertreter der kath. Kirche

Gast:

Herr Ulrich Judith	Stellvertreter für Frau Reckmann-Bigge, Sprecherin Stadtschulleiterkonferenz
--------------------	--

Verwaltung:

Frau Ute Ehrenberg	Beigeordnete
Herr Dr. Thorben Winter	Fachbereichsleiter FB 1
Herr Otto Reeker	Produktverantwortlicher
Frau Sabine Völkel	Schriftführerin

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 3 über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Bau- und Schulausschusses am 14.01.2010

Zu Inhalt und Form werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorge-
tragen.

2. Niederschrift Nr. 4 über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt" mit dem Jugendhilfe-, Schul- und dem Sozialausschuss am 17.03.2010

Zu Inhalt und Form werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorge-
tragen.

**3. Niederschrift Nr. 3 über die öffentliche Sitzung des Schulaus-
schusses am 17. März 2010**

Zu Inhalt und Form werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorge-
tragen.

4. Niederschrift Nr. 7 über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Bau- und Schulausschusses am 29. April 2010

Zu Inhalt und Form werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorge-
tragen.

**5. Niederschrift Nr. 10 über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses "Planung und Umwelt" mit dem Haupt- und Finanzausschuss, Schul- und dem Sozialaus-
schuss am 22.09.1010**

Zu Inhalt und Form werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorge-
tragen.

**6. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentli-
chen Sitzung am 17. März 2010 gefassten Beschlüsse**

Frau Ehrenberg trägt folgenden Bericht vor:

**„TOP 4 - Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2010 – 2013 Fachbe-
reich 1 – Bildung, Kultur und Sport**

Das im Schulausschuss beratene Budget des Fachbereiches 1 – Bildung, Kultur
und Sport – wurde in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan übernom-
men.

**TOP 5 - Beratung Stellenplan 2010, Fachbereich 1 – Bildung, Kultur und
Sport**

Der im Schulausschuss beratene Stellenplan für den Fachbereich 1 wurde in den
endgültigen Stellenplan übernommen.

TOP 6 - EDV in städtischen Schulen – Medienentwicklungsplanung

Der Schulausschuss hatte dem vom Arbeitskreis Medienentwicklungsplanung entwickelten Finanzierungskonzept für die personelle und sächliche EDV-Ausstattung im Rahmen der Medienentwicklungsplanung zugestimmt. – Die Schulen leisten in den Jahren 2010 – 2013 aus ihren Schulbudgets einen Beitrag von insgesamt 555.000 € zu den Investitionskosten von 822.000 € für Server, Software, Lizenzen, Netzwerkstrukturen und EDV-Ergänzungen.

Die Auswahlverfahren für die Administratorenstelle an den Berufskollegs und die Administratorenstelle der allgemeinbildenden Schulen haben bereits stattgefunden. Die Administratorenstelle für die Berufskollegs wurde zum 01.09.10 – somit noch vor dem Wechsel der Schulträgerschaft – besetzt. Der Administrator für die allgemeinbildenden Schulen wird seine Stelle zum 01.02.2011 antreten.

TOP 7 - Mittelbewirtschaftung durch die Schulen im Jahr 2010

Den Schulen wurde das vom Schulausschuss beschlossene Budget zur Verfügung gestellt.“

7. Auflösung der Elisabeth-Hauptschule Vorlage: 554/10

Die Schulausschussmitglieder sprechen sich einstimmig dafür aus, dass der Tagesordnungspunkt vorgezogen wird.

Schulausschussvorsitzende Nagelschmidt nimmt Bezug auf die Vorlage. Sie erklärt, dass nach dem Schulgesetz eine Hauptschule mindestens zweizügig sein müsse. Die Elisabethschule sei inzwischen nur noch einzügig. Die Schülerzahl sei stark rückläufig. Die Elisabethschule könne als einzügige Hauptschule nicht fortgeführt werden.

Frau Ehrenberg verweist auf das Schreiben der Bezirksregierung Münster vom 18.11.2010, welches den Ausschussmitgliedern noch vor der Sitzung zugeleitet wurde.

Der Arbeitskreis Schulstruktur habe sich in nichtöffentlichen Sitzungen im April, Juli und Oktober mit der Auflösung der Elisabeth-Hauptschule sowie der Erhöhung der Zügigkeit der Euregio Gesamtschule und der Einrichtung einer Dependence im Gebäude der Elisabeth-Hauptschule befasst.

Zu den Mitgliedern dieses Arbeitskreises hätten Schulleiter, Politiker und der Schulträger gehört. Die Bezirksregierung sei unterstützend hinzugezogen worden.

Frau Ehrenberg nimmt Bezug auf § 82 Abs. 4 Schulgesetz und bemerkt, Hauptschulen müssten mindestens zwei Parallelklassen pro Jahrgang haben. Eine Hauptschule könne mit einer Klasse pro Jahrgang fortgeführt werden, wenn den Schülerinnen und Schülern der Weg zu einer anderen Hauptschule mit mindestens zwei Parallelklassen pro Jahrgang nicht zugemutet werden könne oder sich aus dem Standort der Hauptschule und Schulentwicklungsplanung ergebe, dass ihre Fortführung für die soziale und kulturelle Entwicklung der Gemeinde von entscheidender Bedeutung sei und diese Aufgabe von einer anderen weiterführenden Schule nicht übernommen werden könne. Die Schülerzahl an der Elisa-

beth-Hauptschule hätte in den Schuljahren 2003/2004 – 2010/11 in Klasse 5 zwischen 24 und 41 gelegen. Eine Zweizügigkeit sei nur aufgrund von abgelehnten Gesamtschülern erreicht worden, die nachträglich zur Elisabeth-Hauptschule angemeldet worden seien. Die Stadt Rheine schlage in Abstimmung mit dem Schulamt für den Kreis Steinfurt vor, die Elisabeth-Hauptschule zum 31.07.2013 aufzulösen und ab dem Schuljahr 2011/12 keine Schüler mehr aufzunehmen. Der Ratsbeschluss gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz solle in der Sitzung am 14.12.10 gefasst werden. Beim Anmeldeverfahren im Februar 2011 seien dann keine Anmeldungen zur Elisabeth-Hauptschule mehr möglich.

Frau Ehrenberg betont, dass allen Fraktionen der Auflösungsvorschlag in der letzten Sitzung des Arbeitskreises Schulstruktur Ende Oktober 2010 unterbreitet worden sei. Mit einer Gegenstimme habe man seitens der Fraktionen der Auflösung der Elisabeth-Hauptschule zugestimmt.

Frau Overesch, CDU-Fraktion, erklärt, dass an allen drei Hauptschulen in Rheine gute Arbeit geleistet werde. Gleichwohl sei an der Elisabeth-Hauptschule die Anzahl der Schüler gesunken. Auch für die kommenden Jahre würde lt. Schulentwicklungsplanung die Anzahl der Schüler nicht ansteigen. Eine Differenzierung sei bei einer einzügigen Schule kaum gewährleistet. Frau Overesch erklärt für die CDU-Fraktion die Zustimmung zur Auflösung der Elisabeth-Hauptschule zum 31.07.2013. Sie führt aus, es habe ein Gespräch mit Schulrat Westhoff stattgefunden. Herr Westhoff habe mitgeteilt, dass auch aus Sicht der Bezirksregierung Münster die Auflösung der Elisabeth-Hauptschule zukünftig unumgänglich sei.

Frau Overesch empfiehlt für die CDU-Fraktion, für Eltern und Schüler der Elisabeth-Hauptschule eine Informationsveranstaltung anzubieten, welche von der Bürgermeisterin moderiert werde. Schuldezernentin Frau Ehrenberg könne diese Aufgabe nicht mehr übernehmen, da sie aus dem Dienst ausscheide.

Herr Mollen führt seitens der SPD-Fraktion aus, dass die Schülerzahl aufgrund der demographischen Entwicklung auch an anderen städtischen Schulen in Rheine stark sinke. Einige seien nur noch Nebenstandorte. Beispiele seien die Antoniuschule als Nebenstandort der Ludgerusschule Schott-hock und die Josefschule Rodde als Nebenstandort der Canisius-Grundschule.

Laut Oktoberstatistik 2010 hätten 251 Schülerinnen und Schüler die Elisabeth-Hauptschule besucht, davon 153 die Klassen 8 – 10. Die Schülerinnen und Schüler der Klassen 8 – 10 sollten ihre schulische Laufbahn noch an der Elisabethschule beenden und dort ihre Abschlüsse machen können. Das Schulamt für den Kreis Steinfurt weise darauf hin, dass dies aus pädagogischer Sicht dringend notwendig und für den Übergang Schule – Beruf sehr wichtig sei.

Zum Schuljahr 2013/14 (01.08.2013) müssten ca. 100 Schülerinnen und Schüler der Klassen 8 – 10 der Elisabeth-Hauptschule, derzeit Klassen 5 – 7, zu den anderen Schulen wechseln.

Herr Mollen erklärt, dass es beim Wechsel einer kompletten Klasse sinnvoll sei, dass auch der Klassenlehrer mit wechsele.

Eine kurzfristig anzuberaumende Informationsveranstaltung für Eltern und Schüler sei wichtig, müsse aber nicht von der Bürgermeisterin moderiert werden.

Herr Ortel führt seitens der Alternative für Rheine aus, dass die die Schließung der Elisabeth-Hauptschule aufgrund der sinkenden Schülerzahl notwendig sei. Er

begrüßt es, dass das Schulgebäude weiterhin für schulische Zwecke genutzt werden soll.

Herr Holtel erklärt für die FDP-Fraktion die Umwandlung der Elisabeth-Hauptschule in eine Ganztagschule und die damit verbundenen baulichen Maßnahmen hätten leider nicht zu einer Steigerung der Schülerzahl geführt. Er bedauere es sehr, dass man nicht umhin komme, die Auflösung der Elisabeth-Hauptschule zu beschließen.

Herr Wilp spricht sich gegen die Schließung der Elisabeth-Hauptschule aus. An einem kleinen Schulsystem wie der Elisabeth-Hauptschule könnten Schüler besser „aufgefangen“ werden als in einem großen Schulsystem mit über 1.000 Schülern. Die Zahlen und Fakten, die eine Auflösung nahe legen würden, seien formal richtig. Dennoch sei er sich nicht sicher, ob die Bezirksregierung die Stadt zwingt, die Schule bereits zum jetzigen Zeitpunkt aufzulösen.

Frau Rottmann ist neu als Mitglied im Schulausschuss. Sie wird vor der Beschlussfassung als sachkundige Bürgerin gem. § 58 Abs. 2 und 3 in Verbindung mit § 67 Abs. 3 Gemeindeordnung NW verpflichtet.

Beschluss:

Der Schulausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Elisabeth-Hauptschule (künftiger Teilstandort der Euregio Gesamtschule) wird zum 31.07.2013 aufgelöst. Es wird ab dem Schuljahr 2011/12 keine Eingangsklasse mehr gebildet.

**Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen
1 Gegenstimme**

8. Informationen

8.1. Die drei Rheiner Gymnasien bleiben bei G 8

Frau Ehrenberg verliert folgende Information:

„Die drei Rheiner Gymnasien wollen bei der derzeitigen Schulzeit mit Erwerb des Abiturs nach acht Gymnasial-Jahren bleiben und **nicht** am Schulversuch „Abitur nach 12 oder 13 Jahren“ (4 Grundschul- und 8 bzw. 9 Gymnasialjahre) teilnehmen.“

Es ist somit keine Beratung im Schulausschuss zur Teilnahme am Schulversuch und keine Entscheidung des Rates erforderlich. Entsprechende Anträge des Schulträgers müssten ansonsten bis zum 15.12.10 bei der Bezirksregierung gestellt werden“.

8.2. Antrag auf der Grüterschule auf Umwandlung in eine Ganztagsförderschule

Frau Ehrenberg verweist auf den am 18.11.2010 gestellten Antrag der Grüterschule auf Umwandlung in eine Ganztagsförderschule. Der Antrag ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Frau Ehrenberg verliest hierzu folgende Information:

„Die Bezirksregierung Münster hat beim Verwaltungsgespräch des Ministeriums für Schule und Weiterbildung bei der Bezirksregierung Münster am 02.11.10 u. a. erwähnt, dass noch Halbtagsschulen in Ganztagschulen umgewandelt werden können und dabei neben Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen auch Förderschulen genannt.

Der Rat der Stadt Rheine hatte am 14.12.2005 beschlossen, die drei Hauptschulen **und die Grüterschule, Städtische Förderschule mit dem Förderschwerpunkt Lernen**, in Ganztagschulen umzuwandeln. Ein entsprechender Antrag mit einem pädagogischen und organisatorischen Konzept und einem Auszug über den Ratsbeschluss vom 14.12.2005 wurde am 02.03.2006 gestellt.

Lt. Bescheid vom 03.07.2006 konnte dem Antrag zum 01.08.2006 leider nicht entsprochen werden, weil die im Haushaltsjahr 2006 zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel nicht ausreichten, um landesweit weitere ca. 23 Förderschulen in neue Ganztagsförderschulen umzuwandeln. Im Regierungsbezirk Münster konnten lt. Schreiben der Bezirksregierung nur weitere 4 Förderschulen berücksichtigt werden.

Die Rheiner Hauptschulen wurden 2006 bzw. 2008 in Ganztagschulen umgewandelt. Da nunmehr evtl. die Möglichkeit besteht, die Grüterschule zum 01.08.11 oder 01.08.12 in eine Ganztagschule umzuwandeln, hat die Grüterschule mit Schreiben vom 18.11.10 ihren Antrag aus dem Jahr 2005 bekräftigt.

Die Schulverwaltung hat hierüber am 15.11.10 die Bezirksregierung informiert. Diese hat am gleichen Tag Folgendes mitgeteilt:

„Die Koalitionsvereinbarung der Landesregierung sieht u. a. einen Ausbau des Ganztags vor. Zurzeit laufen dazu die Haushaltsverhandlungen für den Haushaltsentwurf 2011 mit dem Finanzministerium. Ein Beschluss des Kabinetts ist voraussichtlich noch für Dezember 2010 vorgesehen. Seitens des MSW ist für die OGS u. a. ein Aufwuchs von weiteren 20.000 Plätzen und für die Sekundarstufe I von weiteren Ganztagschulen - unabhängig von der Schulform - gewünscht. Das Finanzministerium steht auf dem Standpunkt, den weiteren Ausbau weitestgehend aus Demographiegewinnen zu finanzieren.

Unabhängig davon nehmen die Bezirksregierungen für den Ausbau weiterer gebundener Ganztagschulen in der Sekundarstufe I Interessensbekundungen der Schulträger (abgestimmt mit den Schulen) entgegen und melden diese dem MSW.

Insofern kann ich Ihre Anfrage zunächst nur als Interessensbekundung werten. Ob die Grüterschule zum Schuljahr 2011/2012 oder zum Schuljahr 2012/2013 eine gebundene Ganztagschule werden kann, muss ich offen lassen. Gleichwohl werde ich das MSW über das Interesse der Grüterschule informieren. Sobald sich konkretisiert, ob bzw. welche Schulen unter welchen Voraussetzungen zu Ganz-

tagsschulen umgewandelt werden können, kann ich Ihnen mitteilen, ob Ihr Antrag vom 02.03.2006 lediglich bekräftigt oder erneuert werden muss und ob dazu weitere Unterlagen einzureichen sind.“

Soweit die Stellungnahme der Bezirksregierung.

Da der Ratsbeschluss vom 14.12.2005 noch Gültigkeit hat, wird die Verwaltung entsprechend der Vorgabe der Bezirksregierung den Antrag vom 02.03.2006 zur Umwandlung der Grüterschule in eine Ganztagschule bekräftigen oder erneuern.“

Die Schulausschussmitglieder sprechen sich einstimmig für die Erneuerung des Antrages auf Umwandlung der Grüterschule zu einer Ganztagschule aus.

8.3. Schulbudgetierung

Frau Nagelschmidt nimmt Bezug auf den Antrag der Stadtschulleiterkonferenz, in dem die Bitte vorgetragen wird, die Schulbudgetierung wie bislang fortzuführen.

Frau Ehrenberg verliest den Antrag der Stadtschulleiterkonferenz. Der Antrag ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

Die Schulausschussmitglieder sprechen sich einstimmig dafür aus, dass im Rahmen einer Vorlage über die Änderung der bisherigen Dienstanweisung über die Bewirtschaftung von Geldmitteln in Schulen der Stadt Rheine in der nächsten Schulausschusssitzung beraten werden soll.

Anschließend soll der Punkt dem Rat zur Entscheidung vorgelegt werden.

8. 4. Kein Kind ohne Mahlzeit

Frau Ehrenberg verliest folgende Information:

„Die Stadt Rheine hat von der Bezirksregierung Münster am 25.10.10 einen Zuwendungsbescheid für das Schuljahr 2010/11 zum Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ erhalten. Für 537 Schüler/innen in Ganztagschulen wird ein Landeszuschuss von 107.400 € bewilligt.

Damit kann an 200 Essenstagen im Jahr das Mittagessen mit einem Landeszuschuss von 1,00 € bezuschusst werden. Die Stadt zahlt zusätzlich einen Zuschuss von 53.700 €, was einem täglichen Zuschuss von 0,50 € entspricht. Somit bleibt für die Eltern der bedürftigen Schüler/innen noch ein Eigenanteil von 1,00 €.“

8.5. Antrag von Bündnis 90 Die Grünen zur Wiedereinführung der Grundschulbezirksgrenzen

Die Fraktion Bündnis 90 Die Grünen hat mit Schreiben vom 07.10.10 die Wiedereinführung der Grundschulbezirksgrenzen beantragt. In einem Schreiben an die Bürgermeisterin führt sie aus, dass sie aufgrund der Entwicklung der Schülerströme im Grundschulbereich eine Wiedereinführung der Grundschulbezirksgrenzen für notwendig hält. So habe die Auflösung der Grenzen zu einer Bestandsgefährdung für die Konradschule geführt.

Weiter habe die Aufhebung der Grenzen zu einer gesellschaftlichen Separierung in der Ludgerusschule geführt. Im jetzigen ersten Jahrgang besuche lediglich ein Kind ohne Migrationshintergrund diese Schule. Diese Entwicklung sei nicht zielführend für den dringend notwendigen gesellschaftlichen Integrationsprozess von Kindern mit einem Migrationshintergrund.

Die Stadt Rheine unterhalte aus Gründen der guten Erreichbarkeit viele dezentrale Grundschulen. Dieses solle nach Auffassung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auch so bleiben. Man wende sich mit dem Antrag gegen die Fortsetzung des um sich greifenden Schüler/innentourismus.

Die Schulverwaltung gibt folgende Stellungnahme ab:

Der Gesetzentwurf des 4. Schulrechtsänderungsgesetzes enthält u. a. eine Änderung des § 84 Schulgesetz NRW. Danach **kann** der Schulträger für jede öffentliche Schule durch „Rechtsverordnung“ ein räumlich abgegrenztes Gebiet als Schuleinzugsbereich bilden. Eine Verpflichtung zur Wiedereinführung der Schulbezirke besteht nicht.

Der Städte- und Gemeindebund NRW hat der Schulverwaltung der Stadt Rheine am 05.10.10 auf Rückfrage mitgeteilt, dass der Städte- und Gemeindebund beim Anhörungsverfahren zum Schulrechtsänderungsgesetz keine Bedenken zur Wiedereinführung von Schulbezirksgrenzen anmelden wird, weil die Schulträger lt. Gesetzentwurf aufgrund der „Kann-Regelung“ selbst entscheiden können, ob sie die Schulbezirksgrenzen wieder einführen wollen.

Der Städte- und Gemeindebund hat lt. Auskunft des Hauptreferenten Herrn Dr. Menzel bisher von keiner Kommune eine Rückmeldung dahingehend, dass sie die Schulbezirksgrenzen wieder einführen will.

Herr Dr. Menzel hat angemerkt, dass es derzeit noch völlig offen ist, ob es beim Land NRW eine politische Mehrheit zum Gesetzentwurf des 4. Schulrechtsänderungsgesetzes geben wird.

Die Schulverwaltung der Stadt Rheine empfiehlt, zunächst den Beschluss zum Gesetzentwurf des 4. Schulrechtsänderungsgesetzes abzuwarten und, falls den Kommunen per Gesetz die Möglichkeit eingeräumt wird, die Schulbezirksgrenzen wieder einzuführen, über die Wiedereinführung der Grundschulbezirksgrenzen in Rheine zu beraten.

Die Wiedereinführung wird frühestens zum Schuljahr 2012/13 möglich sein, weil die Grundschulanmeldungen zum Schuljahr 2011/12 bereits Anfang November 2010 erfolgt sind.“

8.6. Regionales Bildungsnetzwerk

Frau Ehrenberg teilt mit, es stünde das Leitbild Regionales Bildungsnetzwerk sowie die Dokumentation der dritten Bildungskonferenz im Kreis Steinfurt, die am 7. Juli 2010 stattgefunden habe, zur Verfügung.

Sie teilt mit, dass am 24.09.2010 eine Kooperationsvereinbarung zum Kinderschutz zwischen der Schulaufsicht im Kreis Steinfurt und den Jugendämtern im Kreis Steinfurt geschlossen wurde.

Frau Ehrenberg teilt mit, dass es am 15.12.2010 eine Fachtagung im Kloster Gravenhorst zum Thema Inklusion geben wird.

9. Erhöhung der Zügigkeit und Einrichtung einer Dependance der Euregio Gesamtschule Vorlage: 543/10

Frau Ehrenberg nimmt Bezug auf die Vorlage und erläutert, sie habe zusammen mit Herrn Dr. Winter, Fachbereichsleiter, sowie mit Herrn Reeker, Produktverantwortlicher Schulen, Gespräche mit der Bezirksregierung Münster über die Errichtung des Teilstandortes der Euregio Gesamtschule geführt. Seitens der Bezirksregierung lägen keine Bedenken gegen die Errichtung des Teilstandortes der Euregio Gesamtschule vor. Der heutige Empfehlungsbeschluss des Schulausschusses und der folgende Ratsbeschluss seien aber noch Grundlage für die Genehmigung der Bezirksregierung Münster.

Herr Krause, Bündnis 90 Die Grünen, stellt einen Antrag auf Errichtung einer zweiten Gesamtschule mit Standort Dorenkamp im Gebäude der Elisabeth-Hauptschule. Diese müsse vierzünftig sein.

In den vergangenen fünf Jahren seien aus der Stadt Rheine genügend Anmeldungen für zwei vierzügige Gesamtschulen in Rheine erfolgt.
Die Zahl von 224 Anmeldungen für acht Züge sei nicht unterschritten worden.

Damit sei die Gemeinde berechtigt oder nach Auskunft von Rechtsexperten sogar verpflichtet, eine zweite Gesamtschule zu errichten.

Es sei besser ab 2011/12 jährlich jeweils vier Eingangsklassen in einer neuen vierzügigen Gesamtschule im Gebäude der Elisabeth-Hauptschule zu beschulen, als in den Schuljahren 2011/12 und 2012/13 jeweils sieben neue Fünferklassen. Der räumliche Druck auf die auslaufende Elisabethschule sei bei diesem Verfahren geringer.

Seitens seiner Partei halte man es für die beste Lösung, wenn es jeweils eine vierzügige Gesamtschule links und rechts der Ems gebe.
Am Standort Dorenkamp könne man in Verbindung mit der Grüterschule zudem eine Inklusion besonders gut realisieren.

Frau Ehrenberg erklärt, dass alle Fraktionen in der letzten Sitzung des Arbeitskreises Schulstruktur bei lediglich einer Gegenstimme der Einrichtung einer Dependance der Gesamtschule in der Elisabeth-Hauptschule zugestimmt hätten.

Der jetzige Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stehe im Widerspruch zu der Erklärung der Fraktion in der Sitzung des Arbeitskreises Schulstruktur, wo man eine Dependance der Gesamtschule befürwortet habe.

Herr Mollen, SPD-Fraktion, spricht sich für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus. Er erklärt, es solle eine zweite Gesamtschule eingerichtet werden, sobald die Entwicklung dies zulasse.

Herr Krause bittet darum, rechtlich klären zu lassen, ob die Stadt Rheine eine zweite Gesamtschule hätte einrichten lassen müssen.

Herr Reeker erklärt, es gebe im Kreis Steinfurt nur drei Gesamtschulen, und zwar in Saerbeck, in Nordwalde und in Rheine. Es müssten sich auch andere Städte fragen, wie der Bedarf für eine Gesamtschule vor Ort sei. Selbst die Kreisstadt Steinfurt habe keine Gesamtschule.

Wenn in anderen größeren Städten des Kreises keine Gesamtschulen eingerichtet würden, sei Rheine nach seiner Meinung nicht zwingend verpflichtet, eine zweite Gesamtschule einzurichten. Es würden sich auch zu einer zweiten Gesamtschule auswärtige Schüler anmelden. Einheimische Schüler dürften nicht vorrangig aufgenommen werden. Es sei bei einer zweiten Gesamtschule mit einem Anstieg der Schülerfahrkosten für auswärtige Schüler zu rechnen. Sofern eine zweite Gesamtschule im Schulzentrum Dorenkamp errichtet werden solle, reiche der Raumbestand der Elisabeth-Hauptschule für die zweite Gesamtschule bei weitem nicht aus. Es müssten für die neue Gesamtschule Räume des Emsland-Gymnasiums mit einbezogen werden.

Er halte es für nicht vertretbar und umsetzbar, bei einer Übertragung des Schulgebäudes des Emsland-Gymnasiums an eine zweite Gesamtschule mehrere Hundert Schüler des dann zwangsweise auslaufenden Emsland-Gymnasiums auf das Gymnasium Dionysianum und das Kopernikus-Gymnasium zu verteilen.

Herr Ortel äußert gegenüber Herrn Krause sein Unverständnis darüber, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen entgegen ihrer Aussage im Arbeitskreis Schulstruktur sich nicht für eine Dependance der Euregio Gesamtschule in der Elisabeth-Hauptschule ausspricht, sondern direkt eine zweite Gesamtschule beantragt. Für eine zweite Gesamtschule würden die 17 Unterrichtsräume der Elisabeth-Hauptschule nicht ausreichen.

Herr Holtel erklärt, die heute zu beratenden Vorlage befasse sich aufgrund des Beratungsergebnisses des Arbeitskreises Schulstruktur mit einer Gesamtschuldependance. Deshalb sei auch zum Raumprogramm und zu den Kosten einer zweiten Gesamtschule in der Vorlage nichts ausgeführt. Es sei im Grunde gar nicht möglich, über den Beschlussvorschlag von Herrn Krause abzustimmen.

Herr Mollen betont, der Änderungsantrag von Herrn Krause sei unzureichend begründet. Daher werde sich die SPD-Fraktion bei der Abstimmung enthalten.

Herr Grüder nimmt Bezug auf das Schreiben der Bezirksregierung vom 18.11.2010, welches den Ausschussmitgliedern nachgereicht worden ist. Nach § 80 (6) Schulgesetz sei im Rahmen eines Genehmigungsverfahrens die Schulentwicklungsplanung anlassbezogen dazulegen. Er fragt, ob dies geschehen sei.

Frau Ehrenberg bejaht dies.

Frau Ehrenberg empfiehlt, zukünftige schulorganisatorische Entscheidungen, die in die Zuständigkeit des Schulausschusses oder des Rates fallen, nur auf der Grundlage des neuen Schulentwicklungsplans zu treffen.

Frau Nagelschmidt lässt über den Änderungsvorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Errichtung einer zweiten, vierzügigen Gesamtschule mit Standort Dorenkamp im Gebäude der Elisabeth-Hauptschule abstimmen.

**Abstimmungsergebnis: 1 Ja-Stimme
8 Gegenstimmen
4 Enthaltungen**

Frau Nagelschmidt lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:

Der Schulausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Zügigkeit der Euregio Gesamtschule wird ab dem Schuljahr 2011/12 in der Sekundarstufe I um zwei Züge auf sieben Züge und in der Sekundarstufe II um einen Zug auf drei Züge erhöht.

Der Euregio Gesamtschule werden für die Unterrichtung am Teilstandort Elisabeth-Hauptschule ab dem 01.08.2011 folgende Anzahl von Räumen zur Verfügung gestellt:

Schuljahr 2011/12	7 Unterrichtsräume plus ztw. Nutzung von Fachräumen
Schuljahr 2012/13	9 Unterrichtsräume plus ztw. Nutzung von Fachräumen
ab 01.08.2013	gesamtes Schulgebäude einschl. Mensa und Sporthalle

2. Im Rahmen der neuen Schulentwicklungsplanung für die Jahre 2012 – 2016 wird anhand der langfristigen Schülerzahlprognosen der Bedarf für eine zweite, vierzügige Gesamtschule am Standort Schulzentrum Dorenkamp untersucht.

**Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen
1 Gegenstimme
1 Enthaltung**

10. Einwohnerfragestunde

Die Einwohnerfragestunde hat um 19.00 Uhr zu erfolgen.
Daher wird der Tagesordnungspunkt vorgezogen.

Es werden keine Anfragen vorgebracht.

11. Erweiterung Fürstenbergschule Vorlage: 555/10

Frau Ehrenberg verweist auf die Vorlage.

Herr Mollen, SPD-Fraktion, spricht sich für den Beschlussvorschlag der Verwaltung aus. Er gehe davon aus, dass trotz der Errichtung der Dependence der Euro-Region Gesamtschule die Schülerzahl an der Fürstenberg-Realschule konstant bleibe.

Herr Holtel spricht sich für das Raumprogramm des Erweiterungsbaus als Folge der Umwandlung der Fürstenberg-Realschule in eine gebundene Ganztagschule aus.

Frau Overesch erklärt, sie schließe sich den Worten von Herrn Holtel an und erklärt ihre Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Herr Ortel sieht ebenfalls das Raumprogramm für den Erweiterungsbau als Folge der Umwandlung der Fürstenberg-Realschule in eine gebundene Ganztagschule.

Beschluss:

Der Schulausschuss bestätigt seinen Beschluss zum Raumprogramm für die Erweiterung der Fürstenberg-Realschule vom 22.04.09.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und in der Schulbetreuung Vorlage: 405/10

Frau Ehrenberg verweist auf die Vorlage.

Beschluss:

Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag der Verwaltung zu, die Diskussion über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und in der Schulbetreuung so lange auszusetzen, bis die von der neuen Landesregierung in NRW beabsichtigten Veränderungen im Bereich des Kinderbildungsgesetzes verabschiedet sind.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**13. Finanzwirtschaftliches Berichtswesen - Stichtag 31.10.2010
Vorlage: 060/10**

Frau Ehrenberg verweist auf die Vorlage

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 1 – Bildung, Kultur und Sport mit dem Stand der Daten vom 31.10.2010 zur Kenntnis.

**14. Übersicht über die Schulverhältnisse an den städtischen Schulen im Schuljahr 2010/2011
Vorlage: 492/10**

Frau Ehrenberg verweist auf die Vorlage.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt die vorgelegte Übersicht über die Schulverhältnisse an den städtischen Schulen im Schuljahr 2010/2011 zur Kenntnis

15. Anfragen und Anregungen

15a) Werbung in Schulsporthallen

Frau Overesch fragt an, ob in Schulsporthallen für außerschulische Zwecke geworben werden darf.

Herr Reeker verweist diesbezüglich auf § 99 Abs. 2 Schulgesetz, wonach Werbung, die nicht schulischen Zwecken dient, grundsätzlich ausgeschlossen ist und Ausnahmen nur zulässig sind, wenn die Werbewirkung deutlich hinter den schulischen Nutzen zurückstellt.

15b) Migranten in Schulen

Frau Maul bittet um Angabe, wie hoch der Migrantenanteil in den verschiedenen Schulen ist.

Angaben hierzu findet man in der Oktober-Statistik (siehe Punkt 12 der heutigen Tagesordnung).

Ende der Sitzung:

19:20 Uhr

Resi Nagelschmidt
Ausschussvorsitzende

Sabine Völkel
Schriftführerin